

Genug zum Leben!?

Für Organisationen, die sich mit Entwicklungspolitik und fairem Handel beschäftigen, gewinnt ein Thema immer mehr an Bedeutung: existenzsichernde Einkommen und Löhne. Auch die Biobewegung muss sich darum kümmern – schließlich ist Fairness eines ihrer vier Grundprinzipien.

Von Leo Frühschütz

Bio ist fair. Ist diese Aussage korrekt? Im Prinzip ja: „Die ökologische Landwirtschaft sollte allen Beteiligten eine gute Lebensqualität bieten und zur Ernährungssouveränität und Armutsbekämpfung beitragen.“ So erläutert der Biodachverband IFOAM – Organics International auf seiner Webseite das Wort Fairness – neben Gesundheit, Ökologie und Sorgfalt eines der vier Grundprinzipien der weltweiten Biobewegung.

Aber was bedeutet „gute Lebensqualität“ oder „Fairness in Bezug auf Lebenschancen“, wie es im selben Text heißt, in der Praxis? Dort, wo in Ländern des Südens Biolebensmittel für den Export erzeugt werden. Was ist ein fairer Preis für Tee, Kaffee und Kakao, Bananen, Mangos und Ananas, Zimt, Pfeffer und Vanille? Es genügt nicht mehr, dass sich die Biobewegung auf eigene Anbauprojekte oder Fairtrade-Zertifizierungen beruft. Andere Akteure sind bereits weiter.

Als Erste berieten Entwicklungsorganisationen und Gewerkschaften im Textilbereich mit den betroffenen Arbeitenden und ihren Organisationen, was denn „existenzsichernd“ meint und was zu den Grundbedürfnissen zählt, die ein Lohn abdecken müsste (siehe Kasten, S. 46 oben). Bald weitete sich die Diskussion auf Arbeiter*innen auf Tee- oder Bananenplantagen aus und erreichte auch die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Denn Studien (Nelson und Pound, 2009; True Price, 2017) zeigten, dass der faire Handel zwar deren Situation verbessert hatte, aber sie nicht aus der Armut befreite. „Der Fairtrade-Mindestpreis und die -Prämie allein garantieren noch kein existenzsicherndes Einkommen“, heißt es auf der Webseite von Fairtrade Deutschland. Daraufhin beschloss Fairtrade International 2017 eine Strategie, um existenzsichernde Löhne und Einkommen zu erreichen (FTI, 2017).

Zu deren Berechnung entwickelten die Soziologen Richard und Martha Anker 2006 ein Modell (Anker, 2017). Es bezieht Betroffene und ihre Organisationen vor Ort mit ein und kann nach Land oder Stadt sowie verschiedenen Sektoren differen-

zieren. Ein vom weltweiten Fairhandelsverband WFTO entwickeltes Modell ist eher auf handwerkliche Kleinproduzent*innen ausgelegt (WFTO, 2019).

Zusammen mit dem Anker Research Institute haben Fairtrade International, Rainforest Alliance, die International Social and Environmental Accreditation and Labelling (ISEAL) Alliance und andere Akteure im Bereich sozialer Standards die Living Wage Coalition (globallivingwage.org) gegründet. Inzwischen liegen für 44 Länder Berechnungen, Fallstudien oder Datensammlungen vor (Living Wage Coalition, 2022). Sie zeigen deutlich, dass die jeweils geltenden staatlichen Mindestlöhne und -preise meist kein existenzsicherndes Auskommen ermöglichen. Eine wichtige Erkenntnis, da die internationale Arbeitsorganisation ILO und viele (Bio-)Unternehmen solche Mindestlöhne für ausreichend halten.

Der Umsetzung von existenzsichernden Einkommen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern widmet sich die Living Income Community of Practice (living-income.com). Große Konzerne gehören dem Netzwerk ebenso an wie die Entwicklungsorganisationen Inkota und Oxfam. Betreut wird dieses Forum für Umsetzungswillige von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Wer mehr zahlt, hat verloren

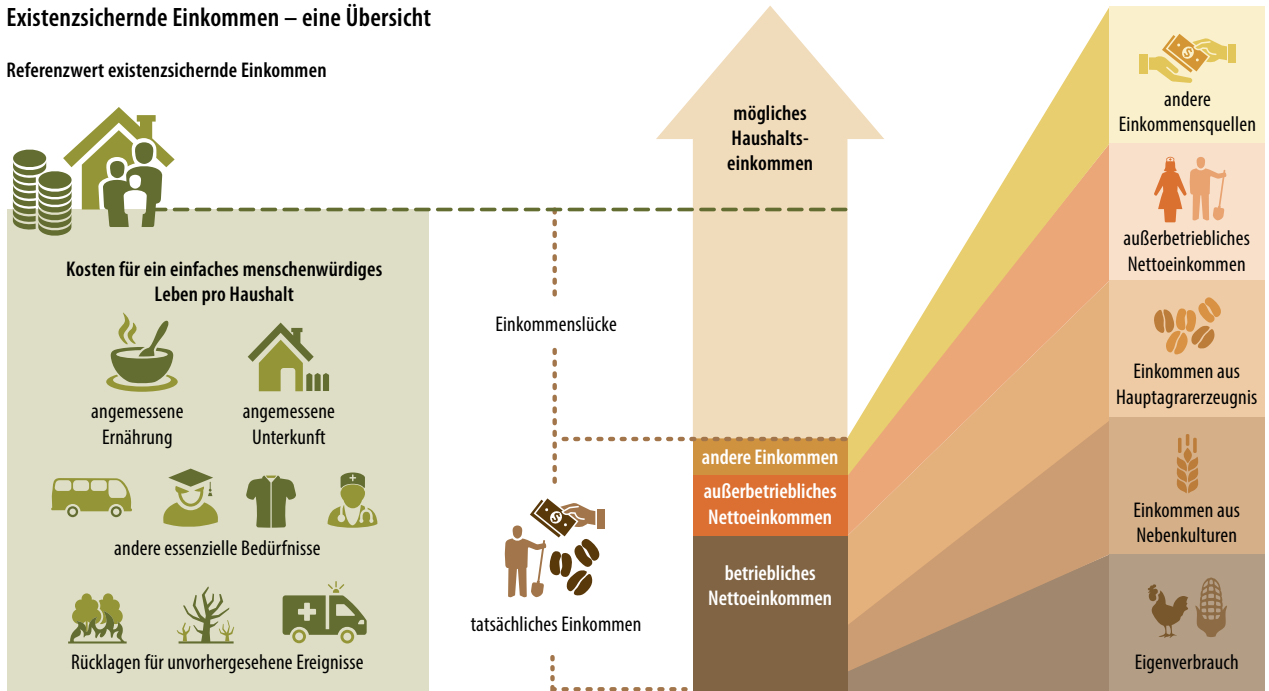
Doch die profitgetriebene kapitalistische Weltwirtschaft erschwert die Umsetzung. In ihr sind höhere Erzeugerpreise ein Kostenfaktor – und damit zu senken, nicht zu erhöhen. Ein eindrückliches Beispiel ist der Kakaosektor. Drei Viertel des weltweiten Kakaobedarfs decken Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den westafrikanischen Staaten Ghana und Elfenbeinküste. Ihre extreme Armut ist bekannt. Die dadurch bedingte Kinderarbeit wollte der durch eine Handvoll großer Konzerne dominierte Kakaosektor schon vor ▷

Living wage: Was bedeutet „existenzsichernd“?

Als existenzsichernd gilt ein Lohn (englisch: living wage) laut Fairtrade Deutschland „erst dann, wenn er nicht nur die Kosten für Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wasser und Wohnen abdeckt, sondern auch Ausgaben für Bildung, medizinische Versorgung, Beförderungsmittel, Kleidung sowie Rücklagen für Notsituationen ermöglicht“. Basis für diesen Lohn muss eine reguläre Arbeitswoche ohne Überstunden oder Akkordarbeit sein. Das Konzept wurde auch auf die Einkommen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern übertragen (living income). Es muss nicht nur, wie beim Lohn, die Grundbedürfnisse sichern, sondern auch die Unkosten des Betriebs decken und Investitionen ermöglichen, um ihn weiterzuentwickeln.

Existenzsichernde Einkommen – eine Übersicht

Referenzwert existenzsichernde Einkommen



Quelle: Living Income Community of Practice, übersetzt durch Forum Fairer Handel e. V.

20 Jahren beenden. Bisher erfolglos. Die im VOICE-Netzwerk zusammengeschlossenen NGOs haben 2020 berechnet, welchen Kakaopreis die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern benötigen würden, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erreichen (Cocoa Barometer, 2020). Ergebnis: Die damals gezahlten Preise müssten um über 70 Prozent steigen. Doch noch immer versuchten die Unternehmen, beim Einkauf höhere Preise zu umgehen oder zu vermeiden, schrieb VOICE im September 2022 (VOICE, 2022). Eine Erfahrung, die Hannah Maidorn, Pressesprecherin von Fairtrade Deutschland, bestätigt: „Als Fairtrade International im Oktober 2019 die Mindestpreise für Kakao von 2000 auf 2400 US-Dollar pro Tonne erhöht hat, sind uns einige Handelspartner abgesprungen“, berichtete sie. Deshalb setze die Organisation bei ihrem (noch höheren) Kakaoreferenzpreis auf Leuchtturmprojekte und mache sie nicht verpflichtend für alle. „Denn wenn daraufhin der Markt einbricht, haben die Produzent*innen nichts davon“, erläuterte Maidorn. Um dieses Wettbewerbsargument aus-

Projekt „Living Income“: Geld alleine reicht nicht

Um die Lücke zwischen realem und existenzsicherndem Einkommen zu schließen, sind bessere Preise für Marktfrüchte unverzichtbar. Doch es braucht zusätzliche Maßnahmen, von einer langfristigen Beratung bis hin zu einem besseren Zugang zu lokalen Märkten. Der Bioverband Naturland startete in Burundi zusammen mit 11 000 Kleinbauernfamilien einer Kaffee-Kooperative, der Universität Bujumbura, der Hochschule Rottenburg sowie der Weltpartner eG als Händler das Forschungsprojekt „Living Income“. Da die Landwirt*innen nur sehr kleine Flächen bewirtschaften, sollen sie künftig durch ein Zusammenspiel von Agroforstsystem, fairem Handel und diversifizierendem Bioanbau für die Eigenversorgung und den lokalen Markt ein existenzsicherndes Haushaltseinkommen erwirtschaften.

► Mehr Infos: t1p.de/naturland-living-income

zuhebeln, fordern die Akteure die gesetzliche Verpflichtung für alle Unternehmen, in ihren Lieferketten Menschenrechte einzuhalten.

Das 2021 verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz (Bundesgesetzblatt, 2021) und der von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf für eine „Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen“ (EU-Kommission, 2022) verweisen auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR, 1966), wonach der Lohn einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen muss. In beiden Regelwerken fehlt jedoch ein existenzsicherndes Einkommen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Zahlreiche Fairhandels- und Entwicklungsorganisationen sowie Unternehmen haben Kommission, EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Einkommen mit in die Richtlinie aufzunehmen und die Definitionen keinesfalls aufzuweichen. Unterscriben haben auch Nestlé, L'Oréal, Unilever und der Süßwaren-Konzern Mondelez (Comment to EU CSDDD, 2022). Die Konzerne haben gemerkt, dass es gleiche Regeln für alle braucht, wenn sich etwas ändern soll.

Die großen deutschen Lebensmittelhändler – ohne Edeka, aber mit DM und Tegut – haben sich im Januar 2020 zu einer „Arbeitsgruppe des deutschen Einzelhandels zu existenzsichernden Einkommen und Löhnen“ (INA, 2020) zusammengeschlossen. Bis 2025 wollen sie Pilotprojekte im Bananensektor in Ecuador und im Kakaosektor umgesetzt haben. Im Mai 2022 ging Lidl voran und kündigte einen Preisaufschlag für alle seine Bananen an – bio und konventionell (Lidl, 2022). Dieser soll so bemessen sein, dass die Arbeiter*innen in den Plantagen einen existenzsichernden Lohn erhalten.

Biounternehmen noch zurückhaltend

Aber wie stellen reine Bioverarbeiter und Großhändler für ihre aus dem globalen Süden importierten Bioerzeugnisse existenzsichernde Löhne und Preise sicher? Die meisten der 19 im Rahmen der Recherche angefragten Unternehmen lieferten keine oder sehr dünne Antworten. So schrieb ein bekannter Tee- und Kräuterspezialist knapp, er zahle „grundsätzlich existenzsichernde Preise, das gilt für das gesamte Sortiment und wird für das We-Care-Siegel auch jährlich auditiert“. Belege dafür nennt er keine – und das We-Care-Siegel überprüft die Preise auch nicht. Ein großes Biohandelshaus erklärte, dass für Rohwaren aus Risikoländern anerkannte Sozialstandards nachweislich eingehalten werden müssten: „Dazu gehört faire Bezahlung, mindestens entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn des jeweiligen Landes.“ Andere Antworten verwiesen auf Fairhandels-Sie-



Zur Existenzsicherung müsste diese ivorische Bäuerin einen Kakaopreis von mindestens 3 166 US-Dollar je Tonne erhalten.

gel oder darauf, dass direkt bei Erzeugern eingekauft werde. In Hintergrundgesprächen wurde als ein Grund für das Nichtaktivwerden meist der harte Preiswettbewerb auf dem Biomarkt genannt.

Fünf Unternehmen haben sich schon intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Vier davon führen bereits Living-Income-Projekte durch oder planen solche: Eosta, Tradin, Rapunzel und Gepa. „Aus dem Biosektor kommt zu diesem Thema bisher wenig“, fasste ein NGO-Experte seine Einschätzung zusammen. Eine Online-Recherche mit den Stichworten „ifoam + living income“ lieferte ein einziges relevantes Ergebnis. IFOAM – Organics International unterzeichnete im September 2020 das Build Back Fairer Statement (Build Back Fairer, 2020), in dem sich zahlreiche NGOs für eine Transformation von Wirtschaft und Handel nach den ersten Covid-Lockdowns aussprachen. Als eine der notwendigen Transformationen heißt es dort: „Von ‚Checklisten‘-Ansätzen bei Nachhaltigkeit und Menschenrechten hin zu Handels- und Einkaufspraktiken, die ein existenzsicherndes Einkommen für Kleinerzeuger*innen und existenzsichernde Löhne für Arbeitnehmer*innen ermöglichen.“ Dann mal los! □

▷ Liste der zitierten Literatur abrufbar unter t1p.de/oel205-fruehschuetz-lit

Leo Frühschütz, Journalistenbüro Biotext,
l.fruehschuetz@gaponline.de

